



## Liebe Leserinnen und Leser,

gut fünf Monate nach der Bundestagswahl vom 24. September 2017 steht die Bildung einer neuen Bundesregierung nun kurz bevor. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hat dieser Prozess so viel Zeit in Anspruch genommen. Ich bin froh, dass nach den Koalitionsverhandlungen mit der SPD nun eine stabile Regierungsmehrheit die Arbeit aufnehmen kann.

Nach zwölf Jahren in Verantwortung als Parlamentarischer Staatssekretär und Bundesminister werde ich der neuen Regierung nicht mehr angehören. Ämter sind nicht auf Lebenszeit angelegt. Ich bin dankbar, dass ich diese herausgehobenen Funktionen wahrnehmen und gestalten durfte. Jetzt freue ich mich auf neue Aufgaben. Meinen Nachfolgern Julia Klöckner und Andreas Scheuer wünsche ich alles Gute und viel Erfolg bei den bevorstehenden Herausforderungen.

In diesem Brief aus Berlin möchte ich Sie außerdem über den aktuellen Stand zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts hinsichtlich der Fahrverbote für Diesel-Fahrzeuge sowie über die Einsetzung des Amri-Untersuchungsausschusses informieren. Außerdem finden Sie einen Kommentar unseres Landesgruppen-Vorsitzenden Alexander Dobrindt zur zukünftigen Ausrichtung einer Volkspartei.

### Herzliche Grüße

### Christian Schmidt MdB

#### Diese Woche

Diesel-Urteil: Keine generellen Fahrverbote	2
Amri- Untersuchungsausschuss nimmt Arbeit auf	4
Die Volkspartei der Zukunft ist bürgerlich-konservativ	6

Treten Sie mit mir in Kontakt:

Homepage: [www.christian-schmidt.de/](http://www.christian-schmidt.de/)  
E-Mail: [christian.schmidt.wk@bundestag.de](mailto:christian.schmidt.wk@bundestag.de)



Nach dem Diesel-Urteil des Bundesverwaltungsgerichts

## Keine generellen Diesel-Fahrverbote



Am 27. Februar 2018 hat das Bundesverwaltungsgericht sein Urteil zu Fahrverboten für Dieselfahrzeuge verkündet. Die Entscheidung wurde seither sehr kontrovers diskutiert. Als geschäftsführender Minister für Verkehr und Digitale Infrastruktur ist es mir wichtig, hier einige Punkte klarzustellen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat selbst keine Fahrverbote angeordnet. Im Gegenteil hat es hohe Hürden errichtet, falls im Einzelfall ein Fahrverbot von der zuständigen Landesbehörde angeordnet werden sollte. Zudem muss die Verhältnismäßigkeit streng gewahrt bleiben, d.h. zunächst müssen Maßnahmen zur Luftreinhaltung geprüft und eingeleitet werden, die wesentlich weniger einschneidend sind. Außerdem verlangt das Gericht die Schaffung hinreichender Ausnahmen z.B. für Handwerker und bestimmte Anwohnergruppen.

Nun müssen schnell zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Grenzwerte in den Städten einzuhalten. Von Seiten des BMVI wurde bereits im letzten Jahr ein „Sofortprogramm Saubere Luft“ in Milliardenhöhe auf den Weg gebracht, um die Städte bei ihren Bemühungen zur Luftreinhaltung zu unterstützen. Dazu gehören v.a. die Elektrifizierung und Digitalisierung des Verkehrs und die Nachrüstung der zahlreichen Diesel-Busse im ÖPNV mit Abgasnachbehandlungssystemen.



Die technische Machbarkeit einer Hardware-Nachrüstung von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen wird derzeit in der Expertengruppe 1 des Nationalen Forums Diesel noch untersucht. Zusätzlich hat die Automobilindustrie bekanntlich zugesagt, bei 5,3 Millionen der in Deutschland aktuell zugelassenen Diesel-Pkw die NOx-Emissionen um durchschnittlich 25-30 Prozent bis zum Jahresende 2018 zu reduzieren. Diese Nachrüstaktion verläuft äußerst erfolgreich. Es wurden bereits rund 2,5 Mio. Fahrzeuge umgerüstet.

Damit helfen wir, die ohnehin positive Entwicklung zu beschleunigen. Die Stickoxid-Belastung ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich und signifikant gesunken – im Straßenverkehr seit dem Jahr 2000 um knapp 60%, seit Anfang der 90er Jahre sogar um knapp 70%. Dank weiterer Anstrengungen sind die Emissionen inzwischen in mindestens 10, möglicherweise sogar in bis zu 25 der betroffenen Städte unter die Grenzwerte gefallen.

Die Bundesregierung wird zudem weitere wirksame Maßnahmen zur Luftreinhaltung angehen, um Kommunen und Länder dabei zu unterstützen, die Stickoxidgrenzwerte in den besonders belasteten Städten so schnell wie möglich zu erreichen. Dazu gehören Emissionanforderungen an Busse und Taxen, kostenlose ÖPNV-Angebote, Regelungen für eine gezielte Verkehrslenkung und die Erprobung von Maßnahmen in „Lead Cities“.

Ich bin davon überzeugt, dass mit diesen Maßnahmen bis 2020 nahezu alle Städte die Stickoxid-Grenzwerte einhalten werden – und zwar ohne Fahrverbote. Fahrverbote hätten massive Auswirkungen auf unsere Innenstädte und auf alle, die sich dort bewegen. Die Mobilität ist ein hohes Gut in unserer Gesellschaft. Sie ist existenzsichernd für unsere Wirtschaft, für Mittelstand, für Logistik, Handwerk, für die Gastronomie, den Einzelhandel, und natürlich für Pendler, um an ihre Arbeitsplätze zu kommen.

Deswegen wäre auch eine „Blaue Plakette“ nicht zielführend. Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil auch keine gefordert. Sie wäre der Einstieg in umfassende Fahrverbotszonen in der ganzen Bundesrepublik und damit im Ergebnis eine kalte Enteignung von Millionen von Diesel-Besitzern. Wenn einzelne Städte nun im Lichte des Urteils Fahrverbote prüfen, muss dies unter strenger Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit geschehen. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts werden alle Beteiligten prüfen und sich dann darüber verständigen müssen: die Städte, die Regierungen in den Ländern und im Bund, aber auch die Automobilindustrie. Alle Beteiligten stehen in der Pflicht.



Aufklärung

## Amri-Untersuchungsausschuss nimmt Arbeit auf



Vor gut einem Jahr raste der Terrorist Anis Amri mit einem gestohlenen Lastwagen in den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz und tötete zwölf Menschen. Rund 70 wurden verletzt. Am Donnerstag setzte der Bundestag einen Untersuchungsausschuss ein, um die Vorgänge lückenlos aufzuklären und entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

„Wir werden die Arbeit des Untersuchungsausschusses sehr intensiv und gewissenhaft seriös vorantreiben“, sagte der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Stephan Mayer (CSU), am Donnerstag im Bundestag. Die CDU/CSU-Fraktion habe sich von Anfang an offen für einen Untersuchungsausschuss gezeigt und seine Einsetzung in der neuen Wahlperiode vorangetrieben. „Vielleicht steckt aber auch eine gewisse Chance darin, dass wir erst jetzt, also relativ spät, auf Bundesebene diesen Untersuchungsausschuss einrichten; denn im Lichte der schon vorhandenen Erkenntnisse und Informationen können wir eine Gesamtschau vornehmen“, so der CSU-Politiker.

### Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessern

Der Ausschuss soll der Frage nachgehen, warum im Fall Amri das Zusammenwirken von Ausländerbehörden, Polizei und Nachrichtendiensten nicht funktioniert hat. Neben der



lückenlosen Aufklärung der Tatumstände geht es auch darum, über die bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern und die Sicherheitsarchitektur in Deutschland zu beraten. So müsse man sich, sagte Mayer, intensiv mit den Schnittstellen zwischen Behörden in Bund und Ländern befassen, ebenso wie mit der Kooperation der Sicherheitsbehörden auf europäischer und internationaler Ebene. Zudem werde der Opferschutz und die Verbesserung der Opferentschädigung eine wichtige Rolle spielen. Deutlich wurde Mayer in Richtung AfD: Die Unionsfraktion werde nicht zulassen, dass der Untersuchungsausschuss „als Fanal hinsichtlich der Flüchtlings- und Migrationspolitik der Bundesregierung missbraucht wird.“ Aufgabe sei, in der Zukunft Anschläge wie den auf dem Breitscheidplatz möglichst zu verhindern oder verhindern zu helfen.

### **Vorgänge im Detail aufklären**

Auch Volker Ullrich, innenpolitischer Sprecher der CSU im Bundestag, begrüßte die Einsetzung des Untersuchungsausschusses: „Es ist unbedingt notwendig, die Vorgänge im Detail aufzuklären und insbesondere zur Person des Attentäters und dessen Umfeld sowie das Handeln der zuständigen Behörden genau aufzuarbeiten.“ Sollten sich daraus Defizite ergeben, müssen die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden, so Ullrich.

### **Konstituierende Sitzung am Abend**

Der Ausschuss kam noch am Abend zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Den Vorsitz des Gremiums übernimmt der CDU-Abgeordnete Armin Schuster. Es ist der erste Untersuchungsausschuss des Bundestages in dieser Wahlperiode. Die Landesparlamente von Berlin und Nordrhein-Westfalen hatten bereits vor einigen Monaten ähnlich Gremien eingerichtet.

### **Hintergrund:**

In Berlin starben am 19. Dezember 2016 zwölf Menschen und rund 70 wurden verletzt, als der Terrorist Anis Amri mit einem gestohlenen Lastwagen in den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz raste. Der Tunesier wurde auf der Flucht kurz darauf in Italien von Polizisten erschossen. In dem Fall gab es eine ganze Serie von schweren Fehlern. Amri war ein bekannter Islamist, Gefährder und verurteilter Straftäter, der eigentlich hätte abgeschoben werden sollen, aber stattdessen mit diversen Identitäten unterwegs war und die Behörden täuschte.



## Die Volkspartei der Zukunft ist bürgerlich konservativ



Die Mehrheit in Deutschland will eine bürgerlich-konservative Politik, die den global-digitalen Wandel mit Augenmaß gestaltet und Sicherheit bietet, schreibt der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, in seinem Gastkommentar für die WELT. Die Volkspartei der Zukunft ist deshalb bürgerlich-konservativ. Eine breite bürgerliche Debatte darüber war längst überfällig.

**von Alexander Dobrindt**

Die intensive öffentliche Auseinandersetzung der vergangenen Wochen über die Rückkehr des Konservativen hat einmal mehr gezeigt: Eine breite bürgerliche Debatte war längst überfällig und muss dringend geführt werden. Denn auch 50 Jahre nach 1968 haben die Nachlassverwalter linker Ideologien in ihren Abwehrreaktionen nichts an Reflex eingebüßt. Kaum löst sich eine Diskussion vom linken Meinungsmainstream und gewinnt durch eine bürgerliche Position an Vielfalt, reitet die ideologische Kavallerie aus, um den unerwünschten Beitrag zu diskreditieren. Besser als mit dem Verlauf der aktuellen Debatte hätte man die These einer Diskrepanz zwischen konstruierten Realitäten linker Mainstreameliten und dem alltäglichen Empfinden einer bürgerlichen Mehrheit nicht belegen können.



Diese Diskrepanz aufzulösen, ist ein demokratischer Auftrag. Dabei geht es darum, wieder eine Annäherung herzustellen zwischen den Debatten der Eliten und dem Alltag der Menschen, zwischen dem, was die Mehrheit lebt und dem, was mehrheitlich diskutiert wird. Nur so überwinden wir in unserem Land Tendenzen der Spaltung und schaffen wieder mehr Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Das politisch umzusetzen, verstehe ich als Aufgabe von CSU und CDU. Die schon in gebückter Haltung, halb entschuldigend geführte vermeintliche Richtungsdebatte zwischen konservativ und christlich führt dabei in die Irre. Das Konservative und das Christliche sind keine Gegensätze, sondern bilden eine unauflösbare Einheit, denn das Christliche ist für das Konservative geradezu konstitutiv. Konservative stellen den Einzelnen und die Familie ins Zentrum, setzen auf Freiheit durch Sicherheit, Heimat durch Bewahrung der Schöpfung und kulturelle Stabilität, Gerechtigkeit durch Eigenverantwortung, Chancen und Solidarität, auf ein klares Bekenntnis zu Fortschritt, Wachstum und Modernität in Verpflichtung auf das Gemeinwohl. Das Konservative beschreibt sich aus seinem christlichen Wurzelgeflecht.

Das ist Teil des Werteprogramms einer bürgerlich-konservativen Politik, das von den Menschen in unserem Land mehrheitlich eingefordert und unterstützt wird. Die linke Geschichte der 68er ist zu Ende erzählt und hat sich überholt. Was wir derzeit erleben, ist eine konservative Revolution der Bürger – gewachsen in der Mitte unserer Gemeinschaft, mit einer Besinnung auf Tradition und Werte. Das Treibhaus dieser Entwicklung sind Globalisierung und Digitalisierung, denn in einer sich immer schneller wandelnden Welt sehnen sich die Menschen stärker nach festem Halt – nach Heimat, Sicherheit und Freiheit.

Die Menschen fordern von der Politik zurecht, dass sie diese Bedürfnisse aufgreift und ihr Handeln konsequent daran orientiert. Die Mehrheit in unserem Land will keine linken Volkserzieher, die sie bevormundet. Keine Reaktionäre, die alles rückabwickeln wollen. Keine Nationalisten, die uns abschotten wollen. Keine Innovationsfeinde, die jede Neuerung ablehnen. Die Mehrheit in Deutschland will eine bürgerlich-konservative Politik, die den global-digitalen Wandel mit Augenmaß gestaltet und Sicherheit bietet. Die Volkspartei der Zukunft ist deshalb bürgerlich-konservativ – und um diese Volkspartei weiter zu sein, braucht die Union keinen Rechtsruck, sondern eine klare Ausrichtung an ihrem Markenkern als natürlicher politischer Heimat der Mitte-Rechts unserer Gesellschaft.

[Hier](#) finden Sie den Gastkommentar in der WELT.

#### Impressum

Herausgeber: Christian Schmidt MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 71630, E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de, Fax: 030 / 227 76962

Bildnachweis: Thomas Lothar (Seite 1), Marijan Murat /dpa (Seite 2), picture alliance / Bernd von Jutrczenka / dpa (Seite 4), Henning Schacht (Seite 6)